

DER TAGESSPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Geschäftsstellen: B 15, Kurfürstendamm 188, Tel. 26 93 336; B 19, Kaiserdamm 7, Tel. 3 21 20 18 / 26 93 330; B 20, Zwerbrücker Str. 44, Tel. 3 72 70 62 / 3 72 70 63; B 25, Wilhelmstr. 247, Tel. 4 11 26 44; B 28, Seebadstr. 7, Tel. 4 04 30 39; B 30, Potsdamer Str. 67, Tel. 26 93 289; B 31, Holsteinstädte Str. 37, Tel. 26 93 347 / 8 61 70 91; B 33, Hohenzollernstr. 94, Tel. 26 93 334; B 38, Spanische Allee 138, Tel. 8 03 30 33 / 8 03 89 61; B 41, Bundesallee 115, Tel. 26 93 345; B 42, Tempelhofer Damm 2, Tel. 26 93 333; B 44, Karl-Marx-Str. 184, Tel. 26 93 341; B 45, Baseler Str. 12, Tel. 26 93 338; B 46, Leonsaunstr. 71, Tel. 7 74 60 99; B 47, Neuköllner Str. 258, Tel. 6 61 30 20; B 51, Scharnweberstr. 48, Tel. 26 93 343; B 65, Ostwitzer Str. 7, Tel. 4 51 30 35



Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 1000 Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Telefon 26 93-1 / Telex 1 83 773 / Telekopierer 26 93 375 / Telegramme: Tagesspiegel Berlin / Bank: Deutsche Bank Berlin, Bank für Handel und Industrie, Berliner Bank, Berliner Commerzbank, Sparkasse der Stadt Berlin West, Postcheck: Berlin West 105-105 / Bonner Büro: 5300 Bonn, Pressehaus 1, Tel. 21 08 54 / Abonnementpreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 14,80 DM, durch die Post 16,80 DM inkl. (etw. 6,5% MwSt) / Erscheinungsweise: täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 24 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tiergarten

Nr. 11 385 / 39. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 8. MÄRZ 1983

50 Pf / Ausw. 60 Pf / A 6622 A

Kohl wertet Wahlsieg als große Verpflichtung

Strauß wird für die CSU die Koalitionsverhandlungen führen - FDP sieht sich als Dritte Kraft bestätigt Vogel wird Fraktionsvorsitzender der SPD - Grüne planen inner- und außerparlamentarische Opposition

Tsp. B o n n. Zwei personelle Festlegungen standen gestern in Bonn im Mittelpunkt des Tages nach der Bundestagswahl. Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Strauß teilte mit, daß er sein Bundestagsmandat annehme und als Mitglied der Verhandlungskommission seiner Partei an allen Koalitionsverhandlungen mit der FDP teilnehmen werde. Der SPD-Vorstand nominierte den unterlegenen Kanzlerkandidaten Vogel für das Amt des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag; er löst Wehner ab, der ihn als seinen Nachfolger vorgeschlagen hatte. Die neue SPD-Fraktion wird heute nachmittag über den Vorschlag abstimmen.

Bel der Wahl hatte die CDU/CSU mit 48,8 Prozent der Zweitstimmen und 244 Mandaten einen klaren Sieg errungen, während die SPD mit 38,2 Prozent und 193 Mandaten deutliche Einbußen erlitt. Der FDP (6,9 Prozent, 34 Mandate) gelang wieder der Einzug in den Bundestag, in dem künftig auch die Grünen (5,6 Prozent, 27 Mandate) vertreten sein werden.

Bundespräsident Carstens empfing gestern Bundeskanzler Kohl zu einem Gespräch über den Ausgang der Bundestagswahl. Ein Sprecher des Präsidialamts erinnerte daran, daß der Bundespräsident traditionell nach Wahlen mit führenden Vertretern der Parteien sprach, bevor er den Kanzlerkandidaten vorschlägt. Carstens werde in den nächsten Wochen auch die Vorsitzenden der anderen Parteien des Bundestages zu Unterredungen empfangen.

Der neue Bundestag wird voraussichtlich Ende März oder unmittelbar nach Ostern zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautete, sind die Überlegungen zu dieser Frage noch nicht abgeschlossen. Das Präsidium des Bundestages will heute mit dem Bundeswahlleiter erörtern, bis wann die Auszählung endgültig abgeschlossen sein wird und die neuen Abgeordneten benachrichtigt sein werden. Man geht davon aus, daß der Bundeswahlschluß am 21. März das amtliche Endergebnis feststellen wird und danach der Bundestag einberufen werden kann. Für die konstituierende Sitzung, auf der Präsident und Präsidium gewählt werden, kämen dann der 28. oder 29. März beziehungsweise als letztmöglicher Termin der 5. April in Frage.

Auch nach der Annahme des Bundestagsmandats blieb offen, ob Strauß in die Bundespolitik zurückkehren und sein Amt als bayerischer Ministerpräsident aufgeben wird. Nach einer Sitzung des CSU-Vorstands wurde deutlich, daß diese Frage erst in zwei bis drei

Wochen entschieden werden soll. Für die CSU stehen nach den Worten von Strauß bei den Koalitionsverhandlungen die sachlichen vor den personellen Fragen. „Die Vorstellung, daß ich darauf warte, von Bayern weggehen zu können, ist natürlich falsch.“ Für die Koalitionsverhandlungen mit CDU und FDP berief der CSU-Vorstand eine siebenköpfige Kommission. Neben Strauß gehören ihr Stoiber, Waigel, Tandler, Dollinger, Zimmermann und Streibl an. Diese Kommission soll „entsprechend dem politischen Gewicht der CSU und ihres Wahlergebnisses“ bei der Bildung der Koalition die sachlichen und personellen Interessen wahrnehmen. Strauß rechnete der CDU vor, daß die Union bundesweit ohne das bayerische CSU-Ergebnis schlechter abgeschrieben hätte. „Nur diese Kommission hat das Recht zu verhandeln“, betonte Strauß unter Anspielung auf den Regierungswechsel im Herbst, bei dem die Vorgespräche zwischen Union und FDP teilweise ohne ihn stattgefunden hatten. Die Verhandlungen, in die die CSU mit eigenen Papieren zur Innen-, Rechts-, Außen- und Familienpolitik gehen werde, sollten wegen des Wahlkampfes in Schleswig-Holstein erst in der nächsten Woche aufgenommen werden. Sie könnten zwei Wochen, aber auch etwas länger dauern. Strauß bezweifelte nicht, daß es wieder zu einer gemeinsamen Unionsfraktion kommen werde.

Das Ergebnis in Kürze

CDU/CSU	48,8 %	244 Sitze
SPD	38,2 %	193 Sitze
FDP	6,9 %	34 Sitze
Grüne	5,6 %	27 Sitze

Nach einer ausführlichen Analyse des Wahlergebnisses durch Präsident und Vorstand der CDU, versprach Bundeskanzler Kohl vor der Presse, er wolle die in seinem Wahlsieg deutlich gewordenen Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Situation nicht enttäuschen. Vor Journalisten deutete Kohl das Wahlergebnis zugleich als Mandat zur Fortsetzung seiner Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere auch im Hinblick auf die im Herbst in der NATO anstehende Entscheidung über die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstrecken-Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik. Mit Nachdruck forderte Kohl die Unternehmen auf, „jetzt mit äußerster Entschiedenheit das Menschenmögliche zu tun, um die Wirtschaft wiederzubeleben und zu investieren.“

Für die Koalitionsverhandlungen mit der FDP hat die CDU Kohl, Geißler, Dreger und Stoltenberg benannt. Kohl will seine Regierungserklärung in der Parlamentswoche abgeben, die mit dem 25. April beginnt.

Die SPD-Beratungen

In der SPD-Vorstandssitzung übernahm Vogel die volle Verantwortung für die Wahl-niederlage der SPD. Ebenso wie der Parteivorsitzende Brandt bezeichnete er das Wahlpro-

gramm der SPD als Grundlage der Arbeit in der Opposition. Brandt sprach ebenfalls von einer Niederlage, an der nichts zu deuten sei, und kündigte für die Sozialdemokraten die Rolle einer konstruktiven Opposition an. Brandt dankte Vogel für sein persönliches Engagement im Wahlkampf und auch dafür, daß Vogel politisch inhaltliche Zeichen gesetzt habe. Im Parteivorstand bestand nach Angaben seines Sprechers Clement Übereinstimmung darüber, daß der Wahlsieg der Union durch deren wirtschaftspolitisches Ansehen sowie die These vom bevorstehenden Wirtschaftsaufschwung ermöglicht worden sei. Parteivorstand und Parteirat wollen am 20. März in

Ausführliche Wahlberichte
Seite 3, 4 und 5

Berlin über Ursachen und Folgen des Wahlergebnisses beraten. Der frühere Bundeskanzler Schmidt sagte, Vogel habe seine Aufgabe, „aus dem Stand“ heraus die Rolle des Kanzlerkandidaten zu übernehmen, hervorragend wahrgenommen. Schmidt kündigte im Parteivorstand an, daß er auf dem nächsten Parteitag sein Amt als stellvertretender SPD-Vorsitzender abgeben will. Er schlug vor, daß Vogel auf diesem Posten an seine Stelle tritt.

FDP über Dahrendorf verärgert

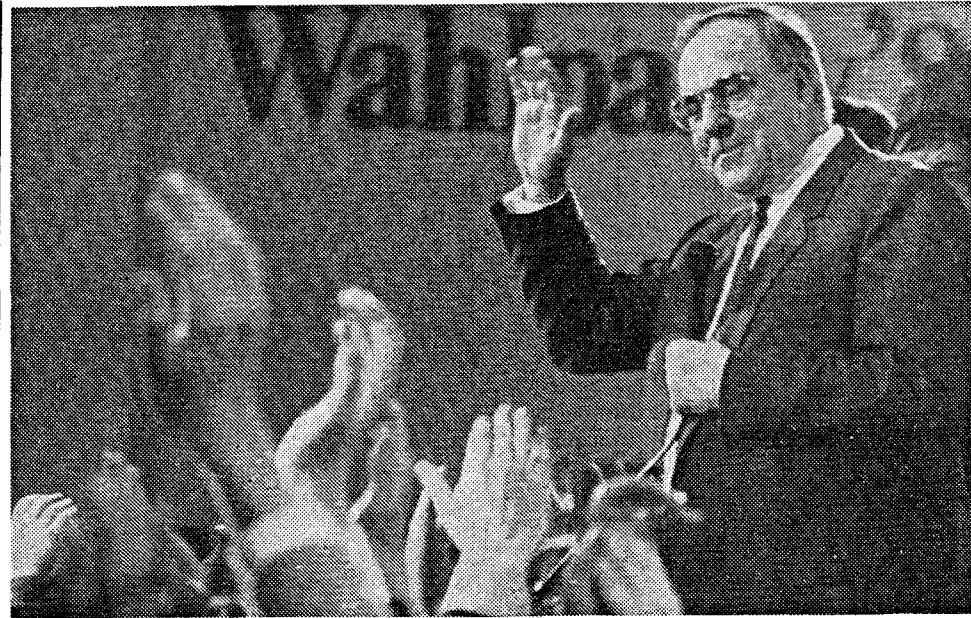
Der Vorsitzende der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, Dahrendorf, hat die Erwartung der Freien Demokraten geäußert, daß der bayerische Ministerpräsident Strauß nicht Außenminister wird. In einem Kommentar Dahrendorfs zum Wahlergebnis heißt es, die Grundlagen der Außenpolitik, die liberale Minister in den vergangenen Jahren geprägt hätten, seien in diesem Jahr besonders wichtig. Es gehe um die Fortsetzung der Entspannungspolitik und die Einsicht, daß „nur so die beiden deutschen Staaten einander näherkommen können“. Außerdem müsse darauf bestanden werden, daß der „entscheidende Versuch der Abrüstung durch Verhandlung“ gemäß dem ersten Teil des NATO-Doppelbeschlusses „ganz ernst genommen“ werde. Dahrendorf forderte darüber hinaus eine Erneuerung der FDP. Damit die FDP eine bewegende Kraft bleibe, müsse sie Wähler langfristig an sich binden, „nicht nur wegen ihrer Funktion als Korrektiv“. Die FDP müsse auch viele von denjenigen Wählern zurückgewinnen, die sich diesmal enttäuscht von ihr abgewandt hätten. Dahrendorfs Überlegungen haben in der FDP-Spitze offensichtlich erhebliche Verärgerung hervorgerufen. Teile der Ausführungen seien „in der FDP-Führung mit Verwunderung aufgenommen worden“, erklärte der Parteisprecher Schmülling.

Die Pläne der Grünen

Die erstmals in den Bundestag gewählte Partei Die Grünen hat angekündigt, daß sie eine konstruktive Oppositionspolitik betreiben und in den Ausschüssen des Bundestages „hart und konzentriert mitarbeiten wollen“. In einer Pressekonferenz betonten Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen zugleich, daß die von ihren Anhängern bisher praktizierten Formen der außerparlamentarischen Opposition fortgesetzt werden sollen. Dabei gehe es in erster Linie darum, gewaltfreien Widerstand gegen eine mögliche Stationierung neuer US-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu leisten. Zum Wahlausgang sagte der Vorstandssprecher Trampert, er betrachte das Ergebnis „mit gemischten Gefühlen“. Die Grünen hätten sich eine andere politische Konstellation gewünscht, bei der sie ihre Ziele besser durchsetzen könnten. Es wurde angekündigt, daß die Grünen im Bundestag einen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre beantragen werden. Als Initiativ-anträge eingebracht werden sollen ferner Gesetzentwürfe zur Eindämmung des Waldsterbens und zur Verringerung der Luftverschmutzung. Die 27 in den Bundestag gewählten Grünen sollen entsprechend einem Parteitagbeschuß nach zwei Jahren durch nachrückende Parteimitglieder abgelöst werden.

Zwei Überhangmandate

Bundeswahlleiter Kroppenstedt gab bekannt, daß im Bundestag zwei Abgeordnete mehr als üblich sitzen werden, weil es zwei Überhangmandate gegeben hat. Der SPD fiel in Bremen und Hamburg jeweils ein Mandat mehr zu, als sie nach dem Zweitstimmenergebnis erhalten hätte.



Bundeskanzler Kohl, der Wahlsieger, wurde in der Nacht zum Montag in der CDU-Partei-zentrale von seinen Anhängern stürmisch gefeiert. (dpa/UPF-Bildfunk)

Aktienhauss und Flucht aus dem Franc

Tsp. Frankfurt a. M./Paris. Nach dem Wahlsieg der Bonner Regierungskoalition kam es gestern auf den deutschen Aktienmärkten zu sprunghaften Kurssteigerungen bei sehr großen Umsätzen, da man sich von einer Fortsetzung der von der Regierung eingeleiteten Wirtschaftspolitik eine Konjunkturbelebung und höhere Unternehmenserträge verspricht. Auch auf den Märkten für festverzinsliche Wertpapiere ergaben sich erhebliche Gewinne. Desgleichen tendierte die D-Mark an den Devisenmärkten fest. Der amtliche Mittelkurs des Dollars gab in Frankfurt um gut zweieinhalb Pfennig auf 2,3920 (2,4198) DM nach. Vor allem aber kam es besonders in Frankreich zu einer Flucht aus dem Franc, da man mit einer Abwertung des Franc im Europäischen Währungssystem (EWS) rechnet, die von der französischen Regierung nur noch bis nach dem zweiten Wahlgang der französischen Gemeindevahlen am kommenden Sonntag hinausgezögert werde. (Weiteres Seite 22)

Absolute Mehrheit für die CDU bei Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

Mainz (dpa/AP). Die CDU hat am Sonntag bei der gleichzeitig mit der Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahl in Rheinland-Pfalz ihre absolute Mehrheit ausgebaut. Die Union erzielte unter Führung von Ministerpräsident Bernhard Vogel mit dem Gewinn von 51,9 Prozent der Stimmen ihr zweitbestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in diesem Bundesland. Nur 1975, noch unter Helmut Kohl als Ministerpräsident, hatte die CDU mit 53,9 Prozent mehr Stimmen erhalten. Auf die SPD entfielen bei der Landtagswahl am Sonntag 39,6 Prozent, das sind 2,7 Prozent weniger Stimmen als bei der Wahl vor vier Jahren. Die Freien Demokraten scheiterten mit 3,5 Prozent ebenso wie die Grünen mit 4,5 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Von den 100 Mandaten im Mainzer Parlament entfallen jetzt 57 auf die Union und 43 auf die SPD. (Weiteres Seite 2)

Schwere Niederlage der Linken bei Kommunalwahlen in Frankreich

Bürgerliche errangen im ersten Wahlgang mehr als 50 Prozent der Stimmen

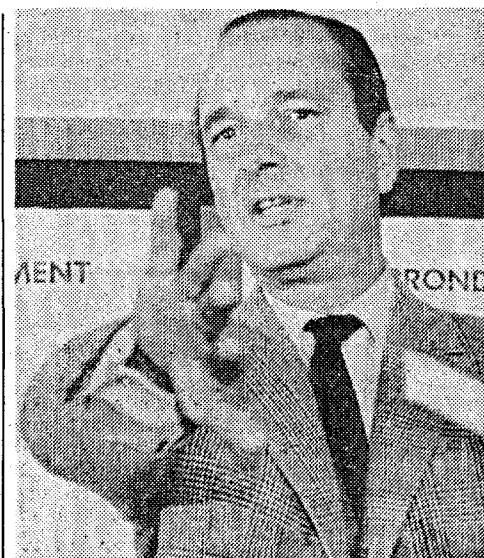
Paris (AP). In der ersten Runde der französischen Kommunalwahlen am Sonntag hat die konservative Opposition große Stimmengewinne erzielt. Auf sie entfielen nach Mitteilung des französischen Innenministeriums 50,89 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Für die in Frankreich regierenden Linksparteien stimmten 39,75 Prozent, für andere Bewerber 9,35 Prozent der Wähler. Bei einem Anhalten dieses Trends dürfte die Opposition nach dem zweiten Wahlgang am kommenden Sonntag die meisten der vor sechs Jahren an die Linke verlorenen Rathäuser zurückerobern. Besonders in Paris errangen die Bürgerlichen einen Erdrutschsieg.

Die gaullistische Republikanische Sammlung und die giscardistische Union für französische Demokratie hatten in fast allen Städten gemeinsame Listen aufgestellt. Ihnen standen zumeist gemeinsame Listen der Sozialisten und Kommunisten gegenüber. Die Wahlbeteiligung erreichte im ersten Durchgang die Rekordhöhe von 82,13 Prozent gegen 78,8 Prozent im Jahre 1977.

Die Parteichefs der Sozialisten und der Kommunisten, Jospin und Marchais, räumten am Ende des ersten Wahlsonntags ein, daß die Rechte unzweifelhaft im Vormarsch sei. Sie riefen zur Mobilisierung der linken Wähler auf, um diesen Vormarsch in der zweiten Runde zu begrenzen. Der gaullistische Oberbürgermeister von Paris und ehemalige Ministerpräsident Chirac sprach von einer eindeutigen Warnung der Wähler an die Adresse der Regierung. Der Generalsekretär seiner Partei, Pons, wertete das Ergebnis auch als Ausdruck der Unzufriedenheit darüber, daß die Sozialisten in der Regierung mit den Kommunisten koalieren.

Am Sonntag wurden Ministerpräsident Mauroy, der Oberbürgermeister von Lille, und Innenminister Deferre, der Oberbürgermeister von Marseille, in ihren Städten in den zweiten Wahlgang gezwungen. Fünf andere Mitglieder des Kabinetts erlitten im ersten Wahlgang bereits Niederlagen. In einigen großen Städten, so in Grenoble, Reims, Brest, Roubaix und Nantes, stand nach dem ersten Runde fest, daß die Linke die Mehrheit verloren hat.

In Paris siegten Chiracs Listen in 18 der insgesamt 20 Stadtbezirke. In einem davon



Jacques Chirac, der Parteichef der Gaullisten und Bürgermeister von Paris, äußerte sich am Montag zufrieden über das Ergebnis des ersten Teils der Gemeindevahlen. AP-Fotofax

gewann die Rechte gegen den sozialistischen Oberbürgermeisterkandidaten Quiles. Die Stadtbezirke erhalten jeder einen eigenen Gemeinderat. Die Spitzenkandidaten der siegreichen Liste eines jeden Stadtbezirks bilden gemeinsam den Conseil Municipal von ganz Paris, der dann den Oberbürgermeister wählt.

Zur Wahl stehen 496 817 Sitze in den 36 433 Stadt- und Gemeinderäten, die Parlament und Magistrat in einem sind. Diese Räte wählen anschließend den jeweiligen Bürgermeister. Vor sechs Jahren hatten die damals in der Opposition stehenden Sozialisten und Kommunisten den bürgerlichen Parteien in 61 größeren Städten die Mehrheit abgenommen. Sie stellten seitdem in 154 der damals 221 Städte mit mehr als 30 000 Einwohnern den Bürgermeister. Auf diese Städte — es sind jetzt noch 219 — richtete sich diesmal das Hauptaugenmerk. Am kommenden Sonntag gibt es einen zweiten Wahlgang dort, wo im ersten Wahlgang keine Liste die absolute Mehrheit erhalten hat.

Unsere Meinung:

Ein Beweis der Reife

J. B. Jede Wahl ist das Ergebnis vieler politischer Einzelentscheidungen. Jede Demokratie beruht auf der Zuversicht, daß die Summe dieser Einzelentscheidungen ein Urteil der politischen Reife ergibt. Die Wähler der Bundesrepublik haben, gemessen an diesem Kriterium, die Prüfung bestanden. Die Bundesrepublik ist stärker geworden, weil die Wähler gezeigt haben, daß sie sich durch alle Aufregungen und alle inneren wie äußeren Dramatisierungsversuche in ihrer Mehrheit nicht vom Wesentlichen abbringen lassen.

Die erste Frage war, ob sie den im vergangenen Herbst vollzogenen Wechsel als ein Ergebnis politischer Notwendigkeit oder als Resultat parteipolitischer Ranküne einschätzten. Trotz der menschlich-allzumenschlichen Begleitumstände des Wechsels, die die Sympathien durchaus in verschiedene Richtungen hätten lenken können, ist er vom Wähler doch als zwangsläufige Folge des Zustands der damaligen Regierungskoalition begriffen und ungeachtet des Verratsvorwurfs gegen Genscher doch auf die Abwendung der SPD von ihrem eigenen Kanzler Helmut Schmidt zurückgeführt worden. Die damalige Situation war für den Wähler denn doch transparenter, als sie die Propagandisten dieser oder jener Couleur durch voyeristische Einblicke schönschmecklerisch hinstellen wollten.

Die zweite Frage war, ob die Wähler — lassen wir in diesem Falle einmal verfassungsrechtliche Einwände beiseite — den Mut einer soeben erst begründeten neuen Regierungskoalition honorieren würden, sich in einer von den politischen Normen nicht geforderten Weise den Wählern zu stellen, und ob sie auch entgegen den Unkenrufen aller Politweisen ein Regierungsprogramm billigen würden, das keine Versprechungen, sondern Ankündigungen von Einschränkungen enthielt. Auch dies haben die Wähler positiv beantwortet. Allerdings enthielten die wenigen Ankündigungen der Regierungskoalition auch den Vorsatz, die inzwischen eingetretene wirtschaftliche Krise nach den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft zu lösen. Dies mag die Erinnerung heraufbeschworen haben, daß es CDU/CSU und FDP gewesen sind, die einmal mit ihren Rezepten das wirtschaftliche Fundament für den politischen Überbau der Bundesrepublik gelegt haben. In gewissem Sinne mag sogar Nostalgie im Spiele gewesen sein, Rückbesinnung auf die fünfziger Jahre, obwohl viele — in Wirtschaft und Gewerkschaften — vielleicht erschrecken würden, wenn sie erst wüßten, was die einfachen und harten Prinzipien der Marktwirtschaft von ihnen verlangen. Die neue Regierung hat aber ein Mandat, das ihnen nun aufzuerlegen.

Wie groß aber die Bereitschaft der Wähler war, der neuen Regierung dieses Mandat zu erteilen, zeigt sich daran, daß die beiden Parteien CDU/CSU fast die absolute Mehrheit erreicht hätten. Und hier kommt der dritte Beweis für die Reife der Wähler ins Spiel. Die Wähler haben der FDP wieder den Einzug in den Bundestag ermöglicht. Liberale in dem Sinne, wie sie die FDP vertreten möchte, mag es in diesem Lande nur wenige geben, nachdem die großen Parteien viele ihrer Grundsätze übernommen haben. Aber als eine „Funktionspartei“, die das politische Überborden nach der einen oder anderen Seite verhindern soll, möchte man sie haben. Was immer man über Genscher denken mag — in diesem Sinne hat er politisch Recht behalten, unterstützt durch einen Mann wie Wirtschaftsminister Lambsdorff, der mehr als sein Parteivorsitzender den Eindruck erweckt hat, daß er immer für Prinzipien einsteht, die von der Mehrheit unabhängig sein müssen.

Die Sozialdemokraten waren von Anfang an in einer schlechten Lage. Sie bekämpften den Wechsel. Aber in Wahrheit waren doch sie für den Wechsel, für den Wechsel von Schmidt in ein utopisches Niemandsland. Und diejenigen, die sie als „Wechsler“ bekämpften, waren in Wahrheit für die Kontinuität, denn was immer Schmidt und Kohl voneinander denken mögen: Kohl vertritt mehr die Prinzipien von Schmidt als dessen eigene Partei, und der SPD-Kanzlerkandidat Vogel hat dagegen nicht ankämpfen können, auch nicht auf außenpolitischem Gebiet, wo doch in Wahrheit die CDU den von Schmidt aufgeworfenen Fragen näher steht als die SPD selbst. Daher kommt doch, daß auch im Ausland, unabhängig von parteipolitischen Präferenzen, das Ergebnis vom 6. März als Element der Beruhigung und der Stabilität begrüßt wird.

Die SPD hat mit ihrem schwankenden Kurs, der selbst die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen von ihnen entfernte, nicht vermocht, jene wenigen Prozentpunkte zu erhalten oder zu gewinnen, die die „Grünen“ außerhalb des Bundestages gehalten hätten. Die Sozialdemokraten müssen jetzt mit einer Gruppe leben, die für sie ständig die Verführung zu einer radikalen und fundamentalen Opposition zum „System“ ist. Jetzt werden sie als Demokraten erst richtig gefordert. Sie können sich nur damit trösten, daß sie erst gar nicht in die Lage gebracht worden sind, vielleicht die Macht mit der Unterstützung der „Grünen“ wieder bekommen zu können.

Die „Grünen“ selbst stehen nun vor der Frage, ob sie zur Einpassung — nicht zur Anpassung — in das demokratisch-parlamentarische System bereit sind. Die Berliner „Alternativen“ haben gestern das Wahlergebnis „verurteilt“. So sind eben die „Basis-Demokraten“, wenn die Basis gegen sie ist. Sollten sie sich im Brechtschen Sinne nicht vielleicht ein anderes Volk suchen?